

Halbzeit Volksbegehren

Die S-Bahn muss als leistungsfähiges Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten bleiben. Das will das Volksbegehren „Rettet unsere S-Bahn“.

Mit 10.000 Unterschriften wurde bereits die Hälfte der für die erste Stufe nötigen Unterschriften für das Volksbegehren gegen die Privatisierung der Berliner S-Bahn gesammelt. Bis zum 23. Dezember gilt es, das Volksbegehren zum Erfolg zu machen.

Die Berliner S-Bahn, die zum Konzern der Deutschen Bahn gehört, ist ein trauriges Beispiel dafür, wie ein jahrzehntelang gut funktionierendes Verkehrsunternehmen kurzfristigen Profitinteressen zum Opfer fällt.

Auch der Berliner Senat hat in der Vergangenheit zu wenig unternommen, um als Vertragspartner der S-Bahn Kundenbelange zu vertreten. Deshalb ist es gut, dass die Berlinerinnen und Berliner nun selbst aktiv werden.

Weitere Informationen:
www.s-bahn-tisch.de



Unterschriftenlisten gibt es bei:
DIE LINKE, Neukölln, Richardplatz 16,
12055 Berlin und an allen Infoständen
der Neuköllner LINKEN.

Foto: KDH

In dieser Ausgabe:

2 BVV-Fraktion der LINKEN konstituiert. SPD und CDU bilden Zählgemeinschaft.

3 Streik gegen Dumpinglöhne. CFM-Streikinfos.

4 Knackpunkt A100.

Thomas Licher über den Ausbau der Stadtautobahn.

5 Kein Frieden mit der Bundeswehr. Protest gegen Werbung für die „Truppe im Einsatz“ und den Krieg in Afghanistan.

6 Gegen den Trend. DIE LINKE.Neukölln zum Wahlergebnis.

8 Teuer Wohnen. Mietenentwicklung im Umfeld des Tempelhofer Feldes.

„Brecht die Macht der Banken und Konzerne!“

DIE LINKE: Schutzschirm für Löhne, Renten, Sozialleistungen

In mehr als 900 Städten in 82 Ländern rund um den Globus haben Hunderttausende am 15. Oktober ihre Wut über die Macht der entfesselten Finanzmärkte auf die Straße getragen und gefordert: „Brecht die Macht der Banken und Konzerne!“ In Berlin waren es mehr als 10.000.

Immer neue Rettungsschirme für Banken und Spekulanten werden aufgespannt, angeblich um verschuldeten Ländern zu helfen. In Wirklichkeit werden aber die Verursacher der Finanzkrise, die internationalen Finanzspekulanten, die Großbanken und Finanzfonds be-

lohnt. Zahlen sollen dafür in ganz Europa die Beschäftigten, die Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentner, letztlich die kleinen Steuerzahler.

Hier wird eine Politik gegen die Interessen der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland wie in Griechenland und allen anderen betroffenen Ländern betrieben. Eine weitere Generation junger Menschen wird um ihre Zukunft betrogen. Nicht zuletzt verschärft das Krisenmanagement der europäischen Regierungen die Probleme statt die Ursachen der Euro-Krise zu bekämpfen. Demokratie und Sozialstaat bleiben dabei immer mehr auf der Strecke. DIE LINKE lehnt diese

Politik ab. Die Menschen brauchen einen Schutzschirm für Löhne, Renten und Sozialleistungen statt immer neue Rettungspakete für die Banken. DIE LINKE will, dass die Profiteure des Finanzmarktcasinos, u.a. durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre zur Kasse gebeten werden, und dass die Staaten endlich aus der Geiselnhaft der Finanzmärkte befreit werden.

Gemeinsam mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen wird DIE LINKE auch in den kommenden Wochen und Monaten entsprechende Proteste weiter unterstützen.

Lesen Sie auch den Beitrag auf Seite 3

DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit

Neuköllner BVV-Fraktion konstituiert / SPD und CDU bilden Zählgemeinschaft



Vignette: Franz Zauleck



Marlis Fuhrmann



Thomas Licher



Erika Mourgues

An dieser Stelle wird „Neu-Köllnisch“ regelmäßig aus dem Neuköllner Rathaus berichten.

Ende September hat sich die neue Fraktion der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln konstituiert.

Thomas Licher wurde als Fraktionsvorsitzender, Marlis Fuhrmann als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewählt. Erika Mourgues ist weiteres Fraktionsmitglied. In der BVV wird die Fraktion für eine konsequent linke Politik auf kommunaler Ebene streiten und vom ersten Tag der Wahlperiode an für soziale Gerechtigkeit eintreten. Inhaltliche Schwerpunkte der LIN-

KEN Fraktionsarbeit werden Mietersteigerungen in Nord-Neukölln, Zukunft des Tempelhofer Feldes, Bildung und „Miteinander Leben“ sein.

Es steht zu befürchten, dass die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU Anträge der LINKEN sowie der Grünen und Piraten ablehnen wird, die ihnen nicht genehm sind. Trotzdem wird DIE LINKE konstruktive Anträge entwickeln und kommunizieren. Hierbei wird es auf die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen und Initiativen in Neukölln ankommen. DIE LINKE ist bereit, ihre Anliegen in die BVV tragen.

SPD und CDU bilden Zählgemeinschaft in der BVV

Zur Wahl des Bürgermeisters und der Bezirksstadträte haben sich SPD und CDU auf eine Zählgemeinschaft verständigt, um die notwendigen Mehrheiten für ihre Kandidaten zu bekommen. Unterstützt wird Heinz Buschkowsky (SPD) als Bürgermeister und die Wahl der Stadträte Franziska Giffey (SPD; Bildung, Schule, Kultur, Sport), Thomas Blesing (SPD; Bauen, Natur, Bürgerdienste) sowie Falko Lieke (CDU; Jugend und Gesundheit). Für das Ressort Soziales (mit Jobcenter),

auf das SPD und CDU keinen Anspruch erheben, können die Grünen einen Wahlvorschlag machen. Aus SPD und CDU verlautet, dass sie mit ihrer Mehrheit eine eventuelle Wahl der bisherigen Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold verhindern wollen. Sie „stellen den Grünen jedoch anheim, eine alternative Personalentscheidung zu ermöglichen“.

Die SPD stellt 27 Bezirksverordnete, die CDU 13. Von den Grünen kommen acht, von den Piraten vier und von der Partei DIE LINKE drei.

KDH

„Zu kostbar, um es zu bebauen“

In der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung wird sich DIE LINKE Neukölln auch künftig gegen jede kommerzielle Bebauung des Tempelhofer Feldes aussprechen.

Allerdings wird starker Druck der Bevölkerung notwendig sein, um dieses Ziel zu erreichen. Den Antrag, das gesamte Gebiet des ehemaligen Flughafengeländes als Naherholungsgebiet zu erhalten, lehnten SPD, CDU, Grüne und FDP ab. Nun ist zwar die FDP nicht mehr in der BVV vertreten und mit den Piraten lehnt eine weitere Fraktion die Kommerzialisierung des Tempelhofer Feldes ab. Um so mehr gilt es, jetzt nicht locker zu lassen. DIE LINKE engagiert sich gemeinsam mit vielen Stadtteilinitiativen gegen den Verkauf des einzigartigen öffentlichen Parks.

DIE LINKE Neukölln meint, dass das Tempelhofer Feld allen Neuköll-

nerinnen und Neuköllnern offen stehen und nicht den Profitinteressen von Industrie und Baukonzernen dienen soll. Öffentliche Freiräume sind wichtig für Leib und Seele der Menschen in Neukölln, die sich kostspieligen Urlaub und teure Hobbys kaum leisten können. Auch aus ökologischen Gründen ist das Areal wichtig: Als Kaltluftschneise sorgt es für frische Luft in Neukölln, einem Stadtteil, der unter hoher Luftverschmutzung durch den Straßenverkehr leidet.

DIE LINKE Neukölln will den hohen Zaun um das Feld abreißen. Dieser Zaun ermöglicht es, den Park nach Belieben zu schließen und gegebenenfalls für den Eintritt Geld zu kassieren. Im Gegenzug sollen alternative Barrieren wie Sträucher und Hecken dafür sorgen, dass weder Autos noch Müll den Weg auf das Feld finden. DIE LINKE Neukölln lehnt die für das Jahr 2017 geplante Internationale Gartenbauausstel-



Foto: KDH

Menschen brauchen freien Raum, das Tempelhofer Feld bietet ihn.

lung (IGA) ab. Mit einer Größe von bis zu 243 Hektar vereinnahmt sie das Feld und nimmt den Menschen unnötig viel Platz. Zudem plant der Senat mit Kosten in Höhe von mehr als 50 Millionen Euro, die zum Teil von allen Steuerzahlerinnen und -zahlern aufgebracht werden müssen. Nicht zuletzt führen Eintritts-

preise von zehn Euro, wie sie zurzeit diskutiert werden, dazu, dass viele Neuköllnerinnen und Neuköllner die IGA nicht besuchen werden.

Kurzum, das Tempelhofer Feld ist zu kostbar, um es den Interessen weniger Politiker und Unternehmen zu überlassen. Das Tempelhofer Feld gehört uns allen.

Nein zum Rettungsring aus Blei!

Ende September stand im Bundestag die Entscheidung zur Ausweitung des sogenannten europäischen Rettungsschirmes, an dem EFSF, an. Der Abgeordnete Michael Schlecht erklärt, weshalb er gemeinsam mit der ganzen Fraktion DIE LINKE mit Nein gestimmt hat.

Zwei Punkte sind entscheidend: Wir haben abgelehnt, weil alle Hilfskredite mit scharfen Lohn- und Sozialkürzungen verbunden sind. Dies ist nicht nur unsozial, sondern die betroffenen Länder werden noch weiter in die Krise gestürzt. Die Euro-Rettung ist ein Rettungsring aus Blei.

Wohin dies führt zeigt sich am brutalsten in Griechenland. 2009, als in Deutschland die Wirtschaft mit fünf Prozent einbrach, hielt sich Griechenland noch relativ gut. Als Merkel dann 2010 die Hilfskredite mit massiven Kürzungen verband, sackte die Wirtschaft um 4,5 Prozent ab. In Anbetracht der fortgesetzten Knebelung des griechischen Volkes droht 2011 ein noch schärferer Einbruch von mindestens fünf Prozent. Dass so Griechenland nicht auf die Beine kommt, ist offensichtlich. Die Schulden steigen statt zu sinken und die Risiken für die Steu-erzahler wachsen.

Stopp der Lohn- und Sozialkürzungen

DIE LINKE will einen sofortigen Stopp der Lohn- und Sozialkürzungen sowie der Massenentlassungen. Griechenland braucht vielmehr Aufbauhilfen, so wie Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg Hilfen durch den Marshallplan erhielt.

Das deutsche Lohndumping der letzten zehn Jahre war schlecht für die Beschäftigten hierzulande. Es hat zudem Exporte befördert und Importe nach Deutschland ausgebremst. So kam es seit 2000 zu ei-

nem Exportüberschuss von 1,2 Billionen Euro. Die Kehrseite davon ist die Verschuldung der anderen Länder, vor allem in der Euro-Zone. DIE LINKE will das Lohndumping beenden, die Binnenwirtschaft stärken und so einen ausgeglichenen Außenhandel erreichen. Ohne das steht es schlecht um die Zukunft Europas.

Rettungsschirm nutzt nur den Banken

Wir haben abgelehnt, weil alle Hilfskredite gar nicht bei den Menschen in den Krisenländern ankommen, sondern den deutschen, französischen und anderen Banken in den Rachen geworfen werden. Die Hilfskredite dienen nur dazu, die Finanzhaie vor Verlusten zu schützen.

Die Banken refinanzieren sich mit günstigen Zinsen von zurzeit 1,5 Prozent bei der EZB. Und verleihen es unter anderem an Staaten. Zum Teil zu skandalösen Zinssätzen.

DIE LINKE will, dass die Staatsfinanzen vom Diktat der Finanzmärkte befreit und das Geschäft mit der Staatsverschuldung beendet wird. Die Finanzierung der Staaten soll direkt durch die EZB mit ihren günstigen Zinssätzen erfolgen, vermittelt über eine öffentliche Bank. Dieser Vorschlag der LINKEN wird nun sogar in der EU diskutiert. Es wurde vorgeschlagen den EFSF zu einer solchen öffentlichen Bank zu machen. Wer stellt sich dem als erstes entgegen: Die Pennälertruppe von der FDP.

Millionäre zur Kasse

DIE LINKE will, dass endlich die Profiteure, die Millionäre, zur Kasse gebeten werden. Das Netto-Geldvermögen in der Eurozone beträgt 12 Billionen Euro, die Staatsverschuldung 8 Billionen Euro. DIE LINKE fordert eine EU-weite Krisenabgabe für Vermögende.



Foto: Arslan Yilmaz

Am 15. Oktober zogen 2.000 Streikende und Unterstützende vor die Dussmann-Zentrale in der Friedrichstraße, einem der CFM-Gesellschafter.

Streik gegen Dumpinglöhne

Am Anfang der 6. Woche des Streiks wächst die Entschlossenheit und Wut bei den CFM-Beschäftigten weiter, weil immer noch kein Ende in Sicht ist.

Im „Streikinfo“ wird berichtet: Am 34. Tag des Streiks zeigten sie ihre Geschlossenheit erneut mit einer großen Demo für die Öffentlichkeit. Sie zogen mit ca. 2.000 Leuten ab 11.00 Uhr vom Fernsehturm am Alex über die Karl-Liebknecht-Straße und die Friedrichstraße zum Brandenburger Tor.

Der Höhepunkt der Demo war eine Aktion vor dem so genannten „Kulturhaus“ Dussmann, die viel Aufmerksamkeit erweckte. Sie stellten einen Sarg vor der Dussmann-Zentrale ab, auf den sie die Fotos der CFM-Arbeitgeber geklebt hatten und machten mit dieser Aktion ihrer Wut Luft. Die BürgerInnen auf der Friedrichstraße wurden angesprochen und darauf hingewiesen, dass

sie es bei Dussmann mit einem Sklavenhändler zu tun haben.

Die Demonstranten blockierten minutenlang - trotz Vorkehrungsmaßnahmen der Polizei - den Einkaufsverkehr vor dem Dussmann-Haus. Die streikenden KollegInnen von Alpenland waren auch aktiv dabei. Bei der Kundgebung bekräftigte Silvia Krusch (Verhandlungsführerin von Verdi), dass die CFM-Arbeitgeber die Streikenden unterschätzten. Sie hätten aber Ausdauer und Konditionen noch lange zu streiken und dabei die mittelalterlichen und nicht zeitgemäßen Verhältnisse bei CFM zu entlarven. Sie empfahl den CFM-Arbeitgebern, die existierende Tarifmauer endlich fallen zu lassen.

Im Namen des DGB-Bundesvorstandes ermutigte Ellen Paschke die KollegInnen, weiter zu kämpfen, da in der Vergangenheit KollegInnen in ähnlichen Fällen durch einen erfolgreichen Arbeitskampf Tarifverträge erstritten hätten.

DIE LINKE. Neukölln ist solidarisch

DIE LINKE, Bezirksverband Neukölln, erklärt sich solidarisch mit dem Streik der Beschäftigten der Charité CFM Facility Management GmbH für einen Tarifvertrag auf Charité-Niveau. In einem Schreiben heißt es u.a.: „Euer Arbeitskampf ist eine notwendige Gegenwehr gegen Manager und eine Politik, die Gesundheit zur Ware machen wollen – auf dem Rücken der Beschäftigten und der Masse der Patienten. ... Es ist auch ein Skandal, dass der Regierende Bürgermeister Wowereit kürzlich deutlich gemacht hat, dass er Euch nicht unterstützen will. Es wird also noch viel Druck nötig sein, um den Streik zum Erfolg zu führen.“



Foto: KDH

Der Weiterbau der Stadtautobahn A100 über die Grenzallee hinaus war für die SPD Vorwand, die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen platzen zu lassen. Jetzt will Wowereit mit der CDU regieren und das „zentrale Infrastrukturprojekt“ in Beton gießen.

Dabei waren die Grünen zu einem „faulen Kompromiss“ bereit. Die 420 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt sollten umgeleitet werden in Instandhaltungsmaßnahmen und zur Finanzierung von Lärmschutz. Sollte der Bund damit nicht einverstanden sein, dann sollte die A100 bis Treptow gebaut werden. Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) erklärte umgehend, dass es die Finanzen nur für

das konkrete Projekt A100 geben würde. Jetzt, mit der CDU, werden die Bagger kommen.

Bei dem Konflikt um die A100 handelt es sich um die ersten drei Kilometer des geplanten Ringeschlusses der innerstädtischen Stadtautobahn in Richtung Eisenbrücke am S-Bhf. Treptower Park. Am geplanten Ende des 16. Bauabschnittes vor der schon jetzt stark belasteten Eisenbrücke würde ein vorsätzlich herbeigeführter Dauerstau entstehen und damit viel Druck erzeugt, der den Weiterbau des nächsten Bauabschnitts von der Eisenbrücke bis zur Frankfurter Allee erzwingt. Die derzeitigen Planungen sehen überwiegend teure Tunnelbauten unter dem S-Bhf. Ostkreuz bis zur Frankfurter Allee vor.

Bei den drei Kilometern des 16.

Abschnitts handelt es sich um den bisher teuersten deutschen Autobahnbau und es wird nicht nur bei den 420 Millionen Euro bleiben, sondern mit der grundsätzlichen Vorentscheidung für das Projekt bis zur Michelangelostraße kann leicht eine vielfache Summe für das Gesamtprojekt fällig werden. Die Kosten werden zwar zu ca. 90 Prozent vom Bund übernommen, aber das Land Berlin muss die Planungskosten übernehmen. Wenn bei Bildung, Gesundheit und Soziales jeder Cent gespart werden muss, wird beim Autobahnbau auch Berliner Geld mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen.

Dabei sind die Autobahnring-Pläne aus den 1950er Jahren überholt und die Verkehrsplaner anderer Metropolen haben sich vom Leitbild „der autogerechten Stadt“ längst verab-

schiedet. Die Berliner PKW-Zulassungszahlen sind die niedrigsten im Bundesgebiet und gehen weiter zurück. Weiter wird das umstrittene Autobahnprojekt noch mehr Durchgangsverkehr nach Neukölln führen und den LKW-Transitverkehr durch die Stadt verstärken. Den betroffenen Anwohnern bringt diese trennende Asphaltsschneise zusätzlichen Dreck und Lärm, macht die angrenzenden Wohnquartiere unattraktiv und gesundheitliche Belastungen werden geschaffen.

Eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Alternative wäre ein Ausbau des ÖPNV und die Förderung des Fuß- und Fahrradverkehrs. Aber während in der S-Bahn-Krise der regierende Bürgermeister Wowereit (SPD) die Berliner über zwei Jahre mit dem Problem allein gelassen hat, macht er sich für diese unnötige Autobahn stark. Selbst in der SPD ist die Frage sehr umstritten. Noch vor zwei Jahren hatte ein SPD-Landesparteitag gegen die A100 gestimmt. Im letzten Jahr hatte die Berliner SPD sich wegen des starken Engagements von Klaus Wowereit mit sehr knapper Mehrheit für die Autobahn entschieden. DIE LINKE hatte dann den Weiterbau gestoppt und den Baubeginn vor den Wahlen verhindert. Wenn Wowereit glaubt, mit der CDU könne jetzt der Autobahnbau reibungslos stattfinden, dann hat er seine Rechnung ohne die Anwohner gemacht. Protest ist angesagt.

Thomas Licher

Termine: DIE LINKE. Neukölln

Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln Montag, 14. November, von 19 Uhr bis 22 Uhr

Richard-Schule am Richardplatz 14,
12055 Berlin

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Politische Lage und Kampagnen
3. Bericht vom Landesparteitag
4. Nachwahlen zum Bezirksvorstand sowie Nachwahlen von Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag
5. Sonstiges

Alle Mitglieder des Bezirksverbands sind rede- und stimmberechtigt. Alle Mitglieder können Anträge stellen und bei den Wahlen kandidieren. Falls Du kandidieren möchtest, zeige Deine Kandidatur bitte an, damit wir sie gegenüber der gesamten Mitgliedschaft frühzeitig bekannt machen können.

Für den Zeitraum der Mitgliederversammlung stellen wir gerne eine Kinderbetreuung zur Verfügung. Solltest Du daran Bedarf haben, melde Dich bitte so bald als möglich, damit sich der Bezirksvorstand um eine professionelle Kinderbetreuung kümmern kann.

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt partiellöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 13.10., 19 Uhr

Donnerstag, 27.10., 19 Uhr

Donnerstag, 10.11., 19 Uhr

Donnerstag, 24.11., 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

Mittwoch, 24.10., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

Mittwoch, 9.11., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

Mittwoch, 23.11., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

BO Reuterkiert

Dienstag, 8.11., 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation
Allmende, Kottbusser Damm 25/26

BO Rixdorf

Donnerstag, 20.10., 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation Rixdorf. Thema: „Bildungsstreik“

DIE LINKE, Richardplatz 16

Donnerstag, 3.11., 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation Rixdorf. Thema: „Welche Perspektive bietet das bedingungslose Grundeinkommen?“

DIE LINKE, Richardplatz 16

Donnerstag, 17.11., 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation Rixdorf.

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 18.10., 18 Uhr

Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee)

Thema: „GEHAG: Wer hat sie gekauft? Was sind ihre Ziele?“

Dienstag, 25.10., 18 Uhr,

Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee)

Thema: „Der Euro und seine Folgen oder alles nur Panikmache?“

AG Hartz IV

Mittwoch, 9.11., 17.30 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

AG Kultur

Montag, 7.11., 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 26.10., 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 9.11., 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 23.11., 14 bis 16 Uhr

(siehe auch Information auf Seite 8)

DIE LINKE, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 18.10., 11 bis 14 Uhr

Dienstag, 15.11., 11 bis 14 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

DIE LINKE, Richardplatz 16

Werner-Seelenbinder-Ehrung

Sonntag, 23.10., 11 Uhr

im „Werner-Seelenbinder-Sportpark Neukölln“ an der Oderstraße.

Veranstalter: VVN-Verband der Antifaschisten

Weitere Termine im Internet:

www.die-linke-neukoeln.de

Kein Frieden mit der Bundeswehr!

Protest gegen Werbung für die „Truppe im Einsatz“ und den Krieg in Afghanistan



Seit 10 Jahren führt die Bundeswehr als Teil der NATO-Truppen in Afghanistan Krieg. Jetzt wird sie als Freiwilligenarmee zu einer „Truppe im Einsatz“ umgestellt, um „effektiver“ zu werden. Gegen den Kriegseinsatz und die Werbefeldzüge richtet sich der Protest.

In mittlerweile sieben Bundesländern (Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen) wurden zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien sogenannte Kooperationsabkommen geschlossen. Diese verpflichten die Schulen – gegen den Willen der Mehrzahl der Lehrerschaft – zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr.

Jugendoffiziere kommen mit eigenen Unterrichtsmaterialien in die Klassenzimmer und bekommen Gelegenheit, den SchülerInnen den Dienst an der Waffe nahezubringen. Dazu gehört auch das stark umstrittene Simulationsspiel Pol&IS (Politik & Internationale Sicherheit), bei dem man die Rolle von Staatspräsidenten, Weltbank usw. übernimmt und unter ökonomischen und ökologischen Aspekten Krieg „spielen“ lernt.

Gegen die Kooperationsvereinbarungen gab und gibt es starke Pro-



teste, zum Beispiel in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, die gemeinsam von SchülerInnen, StudentInnen, Eltern, LehrerInnen, der GEW und FriedensaktivistInnen organisiert wurden. DIE LINKE war ebenfalls aktiver Bündnispartner.

Werbefeldzüge in der Öffentlichkeit

Mit Aussetzen der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 stand die deutsche Bundeswehr vor einem Rekrutierungsproblem, was dazu geführt hat, dass sie neben Jugendoffizieren an Schulen noch stärker in der Öffentlichkeit für sich wirbt. Man kann mittlerweile kaum noch durch die Stadt gehen, ohne auf den Slogan „Wir.Dienen.Deutschland.“ zu stoßen, der Teil der „Karriere bei der Bundeswehr“-Kampagne ist. Sei es im Rahmen von mobilen Karriere-Trucks, in Jobcentern, in der U-Bahn, im Kino, bei Schulausflügen... Sogar die Jugendzeitschrift „BRAVO“ schaltete vor kurzem eine Anzeige für das „Super-Event für alle Überlebenskünstler“, was nichts anderes ist, als ein Camp der Bundeswehr (Bundeswehr Adventure Games 2011). Auch auf Job- und Jugendmessen wie z. B. jüngst auf der „YOU“ in Berlin gibt es Karrierenberatung von Soldatinnen und Soldaten, um den Jugendlichen vor Ort den „Arbeitgeber Bundeswehr“



10 Jahre NATO-Krieg in Afghanistan – Protestmarsch und Menschenkette der Friedensbewegung zum Kanzleramt am 8. Oktober.



schmackhaft zu machen. Es sind nicht mehr nur die Jugendoffiziere, die in Schulen gehen und versuchen, junge Menschen zu rekrutieren, die Bundeswehr ist praktisch überall vertreten. Insbesondere sozial Benachteiligte werden mit Versprechungen von guter Ausbildung, guter Bezahlung und sicherem Job gelockt. Kriegsverletzungen, Traumata und Tod sind unausgesprochenes Berufsrisiko.

Deutschland führt Krieg in Afghanistan

Bei alledem wird auch verschwiegen, dass SoldatInnen in aller erster Linie dazu ausgebildet werden, Menschen zu töten und das in der Praxis auch tun müssen. Dass darunter auch „mal“ Zivilisten sein können, müsse in Kauf genommen werden.

Beschönigt wird – wenn mal einer fragt – auch die Zahl der toten Soldaten der ISAF-Truppen, die in Afghanistan stationiert sind. Die deutsche Bundeswehr ist auch keinesfalls eine „Friedensarmee“, das hat die Vergangenheit oft genug gezeigt, erinnern wir uns an die publik gewordene Bombardierung von Tanklastern, bei dem zahlreiche Zivilisten getötet wurden. Deutschland führt unter dem ISAF-Mandat Krieg in Afghanistan (Stichworte: Kampf-Flugzeuge, Schnelle Eingreif-



Fotos: Lukas Wirt

truppe, Kommando Spezialkräfte usw.). Gerade in „Afghanistan“ können wir erkennen, dass man Krieg und Besatzung einfach umzubenenen braucht, um so die Legitimation für eben jenes – Krieg und Besatzung – zu erlangen.

Protest gegen neue Kriegskonferenz in Bonn

Am 5. Dezember will die Bundesregierung eine internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn und Petersberg abhalten. Zehn Jahre nach der ersten Petersberg-Konferenz im Dezember 2001 sollen die Weichen für eine Intensivierung des Krieges bis 2014 gestellt werden.

Ein breites Bündnis aus der Anti-Kriegs- und Friedensbewegung ruft bundesweit zu Protest und Gegenaktivitäten in Bonn auf. Die LINKE ist Teil dieses Bündnisses.

Unter dem Motto „Sie reden von Frieden, Sie führen Krieg – Truppen raus aus Afghanistan!“ wird am 3. und am 4. Dezember eine bundesweite Demonstration sowie eine internationale Konferenz stattfinden. Diese sollen ein starkes Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik des Krieges setzen.

Mariam Saraslani

Weitere Informationen:
www.die-linke.de/politik/themen/freiheituerafghanistan/

Dokumentation:

Gegen den Trend

DIE LINKE.Neukölln zum Ergebnis der Berliner Wahlen vom 18. September und zu ersten Schlussfolgerungen



Auf einer Bezirksmitgliederversammlung diskutierten am 29. September die Mitglieder der Neuköllner LINKEN das Ergebnis der Berliner Wahlen. In einem Beschluss formulierten sie erste Schlussfolgerungen. „Neu-Köllnisch“ dokumentiert:

Anlässlich der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung stellt DIE LINKE.Neukölln fest:

1. DIE LINKE.Neukölln bedankt sich herzlich bei allen Wahlkampfaktivistinnen und -aktivisten, von denen einige mehrere hundert Kilometer angereist waren.

2. DIE LINKE. Neukölln gratuliert Marlis Fuhrmann, Thomas Licher und Erika Mourgues herzlich, die fortan DIE LINKE.Neukölln in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung vertreten werden, und wünscht ihnen viel Erfolg.

3. DIE LINKE.Neukölln hat erfolgreich einen kollektiven und kämpferischen Wahlkampf geführt. Der Wahlkampf wurde von einem offenen Team geleitet, bei dem Jede und Jeder mitreden und mitentscheiden konnte. Rund ein Viertel der Mitgliedschaft hat sich am Wahlkampf beteiligt. Die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern, zum Beispiel mit Die Linke.SDS und kurdischen Vereinen, wurde ausgebaut. Viele Mitglieder haben Verantwortung übernommen und erfolgreich neue Aktionsformen eingebracht. Mit eigenem Material (Plakate, Bezirkszeitung, Flugblätter, etc.) wurden gute politische Akzente gesetzt und die Motivation für den Wahlkampf verbessert. Dank hoher Präsenz auf Neuköllns Straßen und Plätzen konnten viele Gespräche geführt werden.

4. DIE LINKE.Neukölln hat nur zwei von drei Wahlkampfzielen erreicht. Zwar sind, erstens, rund ein Dutzend neue Mitglieder wäh-

rend des Wahlkampfes eingetreten und wurde, zweitens, durch viele Aktionen politische Präsenz in Neukölln gezeigt und die Zusammenarbeit mit einigen Bündnispartnern ausgebaut. Doch das gute Ergebnis der Bundestagswahl wurde klar verfehlt und das vorhandene Potential an Wählerinnen und Wählern nicht ausgeschöpft¹.

5. DIE LINKE.Neukölln hat ein überdurchschnittliches, aber kein befriedigendes Ergebnis erzielt. In Berlin hat DIE LINKE insgesamt eine Niederlage eingesteckt: Im Osten hat sie dramatisch verloren, im Westen stagniert sie auf niedrigem Niveau. Sie hat den Abwärtstrend der vergangenen Abgeordnetenhauswahl nicht gestoppt². Gegen diesen Trend hat DIE LINKE.Neukölln bei der Abgeordnetenhauswahl leicht zulegen können. Bei der Wahl zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung hat sie leicht verloren. Selbstkritisch ist anzumerken, dass die kommunalpolitische Kompetenz der Neuköllner LINKEN nicht ausreichend vermittelt werden konnte. In den vergangenen fünf Jahren wurde die Arbeit der BVV-Fraktion von den Neuköllnerinnen

und Neuköllnern nur unzureichend wahrgenommen. Unter anderem auch deshalb hat sich das Wahlergebnis zur BVV verschlechtert und ist DIE LINKE.Neukölln nur sehr knapp wieder in Fraktionsstärke in die BVV eingezogen.

6. Gründe für das schlechte Ergebnis liegen vor allem in der Politik des Landesverbands: Das Thema soziale Gerechtigkeit, das für die meisten Menschen wahlentscheidend war, wurde nicht mit der Partei DIE LINKE verbunden. Alle wichtigen stadtpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre wurden von linken, fortschrittlichen Bewegungen initiiert und richteten sich stets auch gegen den rot-roten Senat und Zustände, die dieser entweder mit hervorgerufen oder nicht verhindert hat. Forderungen der Wahlplakate konterkarierten mit realen Protesten gegen die Politik des Berliner Senats. Die Bilanz der Regierungsbeteiligung hat die Berliner Bevölkerung nicht überzeugt, eine Fortsetzung der bisherigen Koalition hat sie abgelehnt: Rund drei von vier Berlinern haben Parteien diesseits des konservativen und rechtsextremen Lagers ge-



Ungezählte Gespräche über die Politik der LINKEN wurden während des Wahlkampfes auf Neuköllns Straßen und Plätzen geführt. Hier auf dem Platz der Stadt Hof an der Karl-Marx-Straße.

wählt, aber nur etwa jeder Zehnte hat uns gewählt. Kurzum: DIE LINKE wurde als Regierungspartei abgewählt, als Protestpartei war die Piratenpartei überzeugender.

7. Der Landeswahlkampf spiegelt den schlechten Zustand der Partei. Der Landeswahlkampf wurde zentralistisch statt dezentral geführt. Es dominierten Mittel der einseitigen Ansprache wie Zeitungsanzeigen und TV-Spots. Die Mitgliedschaft wurde häufig lediglich zum Plakatieren, als Fotostaffage und zum Briefestecken benutzt. Auf einen Linksaktiv-Wahlkampf oder Ähnliches (oder Elemente daraus) wurde verzichtet. Die Ansprache war zu defensiv („Mit Geduld und Augenmaß“), teilweise sogar inhaltslos („Ja! DIE LINKE“).

8. DIE LINKE braucht in Berlin einen politischen, organisatorischen und kulturellen Neuanfang. DIE LINKE in Berlin braucht eine andere Politik und einen anderen Politikstil. Sie muss sich aus der Umklammerung der SPD befreien und ihre Politik an den Interessen der arbeitenden und erwerbslosen Menschen, der Schüler, Studierenden und Senioren ausrichten. Sie muss wieder die Partei des Widerstands gegen Sozialabbau und Privatisierung werden und soziale Bewegungen mit aufbauen. DIE LINKE muss innerparteilich offener, pluraler und demokratischer arbeiten. Sie muss politisch die Neugründung der Partei DIE LINKE nachholen und zu einer aktiven Mitgliederpartei in Ost- und West-Berlin werden. Sie muss beginnen, Politik mit den Menschen, nicht stellvertretend für sie zu machen.

9. Schlussfolgerungen für den Bezirksverband Neukölln

Der Bezirksverband Neukölln knüpft an die erfolgreichen Aktionsformen des Wahlkampfes an und verstärkt seine Aktivitäten auf Straßen und Plätzen. Für die nächsten Wochen und Monate bedeutet das,

- gemeinsam mit anderen Organisationen und Gruppen für den Erfolg des Volksbegehrens gegen die Privatisierung der Berliner S-Bahn zu werben,
- die berechtigten Forderungen der Mieterinnen und Mieter nach Stopp der Mieten zu unterstützen und gegen soziale Verdrängung zu kämpfen,
- die kommunalpolitische Kompetenz der LINKEN in Neukölln stärken, die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen und



„Für das soziale Berlin – gegen Rassismus und Sarrazin“. Plakataktion bei der Eröffnung des „Strohballenrollen“ auf dem Richardplatz durch Bürgermeister Buschkowsky, der eine Wahlkampfspende in Höhe von 5000 Euro von Thilo Sarrazin angenommen hatte.

Initiativen in Neukölln verbessern und für eine gute Kommunikation zwischen Bezirksverband und Fraktion zu sorgen,

- Aktionen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und Rentner in Neukölln zu organisieren, Kolleginnen und Kollegen bei Streiks zu unterstützen und die Informationsaktionen vor dem Jobcenter Neukölln fortzusetzen,
- die Aktionen anlässlich des 10. Jahrestages des Beginns des NATO-Krieges in Afghanistan „Truppen abziehen – sofort und bedingungslos!“ im Bezirk Neukölln bekanntzumachen und zu unterstützen,
- den Streik der CFM-Beschäftig-



Wahlkampf mit Engagement und Leidenschaft. Hier bei der Kundgebung am 13. September.

ten tatkräftig und praktisch zu unterstützen.

10. DIE LINKE. Neukölln verpflichtet sich der Neumitgliederwerbung und dem Ausbau der Kampagnenfähigkeit. DIE LINKE in Neukölln wird nur stärker durch neue Mitglieder, die sich mit eigenen Ideen und Fähigkeiten in die politische Arbeit einbringen. Neue Mitglieder befruchten die bisherige Arbeit dank frischer Sichtweise, Meinungen und Kontakten. Alle politischen Aktivitäten von DIE LINKE. Neukölln müssen sich an dem Ziel der Mitgliederwerbung messen lassen. Zugleich ist es geboten, die Kampagnenfähigkeit, also die Fähigkeit als Bezirksverband in zeitlich begrenzte politische Auseinandersetzungen einzugreifen und sie zu unseren Gunsten zu beeinflussen, weiter auszubauen.

11. DIE LINKE. Neukölln strebt enge Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion an. DIE LINKE. Neukölln empfiehlt eine enge Zusammenarbeit zwischen der neuen Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung, dem Bezirksvorstand und der Mitgliedschaft im Bezirksverband. Inhaltliche Schwerpunkte, Ziele und Methoden sollten miteinander abgestimmt werden. Zudem sollte die wechselseitige Information zwischen Fraktion, Bezirksvorstand und Mitgliedschaft verbessert werden. Mit den Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Piraten sind auf Neuköllner Ebene Gespräche zu führen, um Möglichkeiten für ge-

meinsame Aktivitäten innerhalb und außerhalb der BVV auszuloten. Mit dem Programm „Für ein gutes Leben in Neukölln“ haben wir dafür eine gute Grundlage. Die Mitgliedschaft empfiehlt der Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung, weder Heinz Buschkowsky noch eine möglichen Kandidaten der CDU zum Neuköllner Bürgermeister zu wählen.

Anmerkungen:

¹ Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus haben wir uns um 1.063 Stimmen auf 6.320 Zweitstimmen bzw. 6.358 Erststimmen (2006: 5,0 Prozent; 2011: 5,6 Prozent) verbessert. Bei der Wahl zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) haben wir uns leicht verschlechtert. Mit 5.553 Stimmen erhielten wir nur 4,7 Prozent. Dennoch sind wir mit drei Verordneten, also in Fraktionsstärke, in der neuen BVV vertreten. Bei der Bundestagswahl 2009 hatten wir rund 16.000 Erststimmen (12,3 Prozent) und fast 18.000 Zweitstimmen (13,9 Prozent) erhalten.

² Wir hatten in Berlin 2001 noch 366.292 Wählerinnen und Wähler (22,6 Prozent), bei der aktuellen Wahl waren es nur noch 170.829 Stimmen (11,7 Prozent). Wir haben rund 12.000 Stimmen an die Piratenpartei verloren, die Zustimmung unter Jung- und Erstwählern ist alarmierend und rund 11.000 Menschen, die uns bei der vorherigen Wahl noch gewählt hatten, sind mittlerweile verstorben.

Neu-Köllnisch

OKTOBER/NOVEMBER 2011

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-6135919

Bankverbindung:

DIE LINKE, Neukölln,
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 18.10.2011

Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 20.11.2011Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.**Werner Seelenbinder**

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-VdA) lädt zum Gedenken an Werner Seelenbinder am Sonntag, dem 23. Oktober, um 11 Uhr im „Werner-Seelenbinder-Sportpark Neukölln“ an der Oderstraße ein.

Am 24. Oktober jährt sich der Tag, als 1944 Werner Seelenbinder im Zuchthaus Brandenburg unter dem Fallbeil hingerichtet wurde. Er starb als aufrechter Sportler und Widerstandskämpfer gegen den Faschismus. Seine letzte Ruhestätte fand er im alten Stadion Neukölln, wo seine Urne 1945 niedergelegt wurde.

Teuer Wohnen

Der Neuköllner Norden boomt. Nach dem Reuterkiez ist seit der Einstellung des Flugbetriebs auf dem Tempelhofer Feld das Gebiet von der Schillerpromenade bis zur Donaustraße betroffen. Soziale Verdrängung droht.

Aktuelle Zahlen aus der Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom 29. September auf eine parlamentarische Anfrage belegen das. Die Nachfrage nach Wohnungen steigt im Umfeld des Tempelhofer Feldes und der Leerstand geht deutlich zurück. So ist im engeren Umfeld des Tempelhofer Feldes im Vergleich zu Berlin insgesamt ein überdurchschnittlicher Einwohnerzuwachs zu verzeichnen. Er nahm um 1,2 Prozent zu. In Berlin waren es insgesamt nur 0,7 Prozent. Die Leerstandsquote für das engere Umfeld nahm im gleichen Zeitraum um 2,2 Prozent ab, sie betrug 2010 noch 7,9 Prozent gegenüber 10,1 Prozent im Jahr 2008.

Im engeren bzw. weiteren Umfeld haben sich die durchschnittlichen Angebotsmieten seit der Schließung des Flugbetriebs um 7,6 Prozent bzw. 7,7 Prozent erhöht. Sie betragen jetzt nettokalt 5,98 bzw. 5,73 Euro/qm monatlich. Nach dem Berliner Mietspiegel gehören diese Gebiete überwiegend zur sogenannten einfachen Wohnlage, die im jüngsten Mietspiegel mit einem Mittelwert von 4,84 Euro/qm monatlich ausgewiesen ist.

Das Tempelhofer Feld ist nach den Senatsplänen weiterhin für

Wohnungsneubau vorgesehen. Im frei-finanzierten Wohnungsbau würden sich dabei Mietpreise (nettokalt) etwa zwischen 8,00 und 12,00 Euro/qm Wohnfläche monatlich ergeben. Für diese Berechnung wurden vom Senat Gesamtkosten für Bau-, Bauneben- und Grundstückskosten zwischen 1.800 und 2.300 Euro/qm angesetzt.

Wohnungseigentum wird auch im Umfeld des Tempelhofer Feldes stärker nachgefragt. Im Vergleich zum Gesamtberliner Durchschnitt (6,6 Wohnungsverkäufe je 1000 Bestandswohnungen) wurde 2010 mit 8,7 bzw. 7,9 ein überdurchschnittliches Niveau erreicht. Für Neukölln gilt seit diesem Jahr nur noch ein

**Menschen vor Profite:
Mieten runter,
Löhne rauf!**

DIE LINKE.

dreijähriger Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Die überdurchschnittlich hohen Umwandlungen verlangen, dass sich Bezirksamt und BVV dringend dafür einsetzen müssen, dass der Neuköllner Norden in den erweiterten 7-jährigen Kündigungsschutz einbezogen wird und dass alle Möglichkeiten zur Mietpreisbegrenzung genutzt werden.

Klaus-Dieter Heiser

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt.

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE. Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE. Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE. Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/6135919

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon: